

Europäisierung ohne Partizipation

Der Einigungsprozess und die Beteiligungslücken,

aus: vorgänge Nr. 194, Heft 2/2011, S. 95-103

Vor einer Diskussion, ob es eine Europäisierung der politischen Partizipation gibt, stellt sich zunächst die Frage, ob eine solche Europäisierung überhaupt notwendig ist. Demokratie setzt den Partizipationsgedanken voraus und so liegt die Forderung nach Partizipation nahe (Schmidt 1997). Doch eine generalisierte Partizipationsanforderung muss nicht zwingend bedeuten, dass sie in jedem Fall, bei jeder Gelegenheit, in jedem Kontext gleich wichtig ist. In der Tat ist es nicht allzu lange her, dass Partizipation in der Europäischen Union (EU, bzw. ihren Vorläufern) und ihrer Politik als nicht wichtig angesehen wurde (vgl. Immerfall/Sobisch 1997: 26). Die europäische Einigung wurde als Elitenprojekt angelegt, das von Experten im objektiv besten Sinne durchgeführt wird und nicht eine Frage von öffentlicher Debatte und Mehrheitsentscheidungen sei (Haller 2009b). Und nicht zuletzt das Friedensprojekt, das nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg mit der europäischen Einigung verbunden wurde, schien eine Bevormundung der Bevölkerung mehr als zu rechtfertigen, hatte doch die Mobilisierung der Massen mit einem überbordenden Nationalismus bereits drei europäischen Kriegen den Boden bereitet. Im historischen Rückblick, die Nachkriegssituation vor Augen, erscheint die Konzeption der europäischen Einigung als Elitenprojekt deutlich weniger befremdlich.

Es mag offen bleiben, ob die Gestaltung der ersten Europäischen Gemeinschaft als technokratische Organisation mit einer beratenden, aber machtlosen Versammlung nationaler Parlamentarier/innen angemessen war. Viel wichtiger ist die Frage, ob sie es heute noch ist und die Antwort auf diese Frage fällt meist, wenn auch nicht immer, recht klar aus: die Partizipation der europäischen Bevölkerung ist erforderlich für eine demokratische Legitimation der EU (Kohler-Koch 2007). Entscheidend ist dabei der Vertiefungsprozess, den die EU in den letzten Jahrzehnten erlebt hat (Wessels 2008). Die Kompetenzen der EU haben über die Zeit kontinuierlich zugenommen. In immer mehr Politikbereichen hat die EU immer weiter gehendes Mitspracherecht, womit gleichzeitig der Handlungsspielraum nationaler Politik eingeschränkt wird. Entsprechend greifen die normativen Ansprüche demokratischer Beteiligung.

Demokratische Partizipation kann auf unterschiedliche Weisen erfolgen (vgl. Rucht 1991). Die Teilnahme an Wahlen ist eine, vielleicht die am nächsten liegende Version politischer Partizipation. Auf jeden Fall ist sie, trotz zurückgehender Wahlbeteiligung (Ohr 2009), die verbreitetste. Ein zweiter Weg ist die Interessenvertretung durch Verbände (Eising 2005). Verbände bündeln politische Positionen, erarbeiten Konzepte und vertreten ihre Anliegen gegenüber den Politiker/innen. Als Drittes sind soziale Bewegungen zu nennen, die mit Protest auf ihre Ziele aufmerksam machen. Alle drei Partizipationswege sollen mit Blick auf die EU im Folgenden diskutiert werden.

Europawahlen und europäisierte Nationalwahlen

Die Beteiligung bei Wahlen zum Europaparlament geht seit langer Zeit zurück (Haller 2009a). In praktisch allen EU-Ländern ist die Beteiligung an Europaparlamentswahlen geringer als an nationalen Wahlen.[1] Die Bürger/innen scheinen sich für die Europawahl schlicht nicht zu interessieren. Verschiedentlich werden Erklärungen vorgeschlagen, die Ursachen jenseits der EU ausmachen wollen, doch Haller (2009a) kann

überzeugend zeigen, dass diese Argumente zu kurz greifen. Letztlich zeigen die Appelle, mehr auf die Bürger/innen zuzugehen, ihre Sorgen zu thematisieren und sie parteiübergreifend zur Wahl zu mobilisieren, vor allem die Hilfslosigkeit.

Dabei ist diese Entwicklung höchst paradox (Roose 2009). Mit jeder Reform der europäischen Verträge hat das Europaparlament mehr Macht erhalten. Es hat dabei einen weiten Weg zurückgelegt von der beratenden Versammlung bis zum heutigen Parlament, das in einer Reihe von Fragen einer zweiten Kammer gleichkommt. Seine Befugnisse sind noch nicht so umfangreich wie die der meisten nationalen Parlamente, aber in vielen Fragen hat das Europaparlament Mitspracherechte bis hin zu Vetooptionen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass das Europaparlament durchaus bereit und in der Lage war, seine Macht zu nutzen. Prominente Beispiele waren die Untersuchung von Korruptionsfällen, die zum Rücktritt der Santer-Kommission 1999 führte, und der Widerstand gegen die Berufung von Rocco Buttiglione zum Kommissar 2004 (Wessels 2008: 243). Neben den Vertragsrevisionen wurde die Position des Parlaments durch Entscheidungen des europäischen Gerichtshofs gestärkt. Die Machtverschiebung zugunsten des Europaparlaments und seine zunehmend wichtige Rolle in der EU werden aber keineswegs mit einer höheren Wahlbeteiligung honoriert.

Wenn also das Desinteresse der Menschen nicht an der geringen objektiven Bedeutung des Europaparlaments liegt, woran liegt es dann? Zum einen verpufft der Machtzugewinn des Parlaments, weil den Menschen dieser Machtzugewinn nicht bewusst ist. Die Tatsache, dass das Europaparlament eine wichtigere Rolle spielt, ist durchaus bekannt. Was aber vermutlich wenig bekannt bleibt, ist das Ausmaß dieses Zuwachses, die fundamentalen Änderungen der die Institutionenarchitektur der EU. Und vermutlich muss das Ausmaß dieses Wandels unbekannt bleiben, weil den Menschen die Schwäche des Europaparlaments vor den Veränderungen und damit das Ausmaß des Demokratiedefizits nicht klar und kaum vermittelbar ist.

Denkbar wäre aber auch eine zweite Erklärung. Die Institutionenstruktur ist letztlich nicht entscheidend. Genauso wie der Einfluss der eigenen Wähler/innenstimme nicht realistisch eingeschätzt wird oder zumindest dieser sehr marginale Einfluss kaum einen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit hat, zur Wahl zu gehen (Mechtenberg 2011), so mag auch die Wahlteilnahme bei den Europawahlen nicht wesentlich von der wahrgenommenen Einflussstärke der zu wählenden Institution abhängen. Wichtiger ist möglicherweise die Informiertheit der Wähler/innen. Erst wenn ich die Alternativen kenne oder zumindest einen gewissen Gehalt mit meiner Wahlentscheidung verbinde, ist die Wahl interessant. Notwendig sind dafür nicht Kenntnisse von Wahlprogrammen oder politischen Maßnahmen, aber doch eine gewisse Vertrautheit mit den zur Wahl stehenden Personen, den Konflikten zwischen ihnen und anstehenden Entscheidungen. Für die nationale Politik werden diese Informationen, in stark verkürzter Form, in den täglichen Nachrichten bereitgestellt. Für die EU-Politik gilt dies in weit geringerem Ausmaß. Die Berichterstattung über die EU ist ausgesprochen gering, wenn auch in den europäischen Ländern unterschiedlich (Machill et al. 2006, Roose 2012b). Die geringe Berichterstattung legt möglicherweise den Schluss nahe, dass es kaum Unterschiede in den politischen Positionen gibt und entsprechend keine Konflikte mittels Wahl zu entscheiden sind.

Unbalancierte Interessenvertretung

Verbände arbeiten mit Lobbying (Leif/Speth 2006). Sie sprechen Entscheidungsträger direkt an, argumentieren mit Studien und Fakten. Lobbyismus mit unlauterer Einflussnahme und Korruption gleichzusetzen, ist nicht angemessen und wird auch der Komplexität des Phänomens nicht gerecht. Verbände verbreiten selbstverständlich keine neutrale Information, sondern stützen mit ihren Argumenten ihre eigene Position. Andererseits ist diese intentionale Ausrichtung der Argumente kein Geheimnis. Ob diese gerichteten Argumente bei Politiker/innen Gehör finden, hängt wesentlich von deren politischer Grundausrichtung ab. Für diese Grundausrichtung aber wurden sie gewählt. Wenn dieser pluralistische

Mechanismus des Lobbying als Verstärkung und Konkretisierung von in demokratischen Wahlen festgelegten Grundaussrichtungen greift, ist Lobbyismus ein Vehikel effektiven demokratischen Regierens.[2]

In Parlamenten, dem europäischen wie nationalen, spielen Lobbyisten eine wichtige Rolle, weil die einzelnen Abgeordneten die Komplexität der zu behandelnden Fragen selbst nicht realistisch bearbeiten können. Sie sind auf Informationen von Verbänden angewiesen und der Schlüssel für sie liegt in der Abwägung der konkurrierenden, ihnen vorgetragenen Argumente. Bei der Europäischen Kommission, wie auch bei nationalen Regierungen, ist das Missverhältnis von eigener Expertise und Problemkomplexität nicht ganz so dramatisch, im Grundsatz aber ähnlich. In der EU-Kommission gibt es eine etablierte Tradition der Einrichtung von Expert/innenkommissionen zur Vorbereitung von Gesetzgebung. Die thematisch spezialisierten Generaldirektorate laden Expert/innen aus Wissenschaft und Verbänden zu verschiedenen Themen regelmäßig oder ad hoc ein, um Vorschläge zu entwickeln und beurteilen zu lassen (Wessels 2008: 234ff.). Da die Kommission versucht, den Vorwürfen einer undemokratischen Vorgehensweise mit einer recht breiten Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren zu begegnen. Deshalb haben Verbände auf europäischer Ebene recht gute Zugangschancen, um ihre Argumente einzubringen. Gehör finden sie deutlich leichter bei den ihnen thematisch zugewandten Generaldirektoraten. So stoßen beispielsweise Umweltverbände beim Generaldirektorat Umwelt durchaus 'auf offene Ohren, bei dem Generaldirektorat Verkehr ist dies dagegen weit schwieriger. Insgesamt sind die Zugangschancen für europäische Verbände auf EU-Ebene aber recht gut und durchweg besser als etwa auf deutscher nationaler Ebene.

Die Schwierigkeit für zivilgesellschaftliche Verbandsarbeit entsteht an anderer Stelle, nämlich bei der Einrichtung europäischer Verbände selbst. Nicht alle Interessen und nicht alle Gruppen mit Interessen haben die gleiche Aussicht, sich Gehör zu verschaffen, die eigenen Argumente sachgerecht zu untermauern. Klassisch werden starke und schwache Interessen unterschieden (Offe/Wiesenthal 1980). Auch wenn bei den von Offe und Wiesenthal theoretisch abgeleiteten Ursachen schwacher Interessenvertretung Nachfragen und Zweifel angemessen sind, bleibt doch unbestreitbar, dass die Vertretung von Interessen unausgeglichen ist. Rein numerisch gehören zu den starken Interessen auf europäischer Ebene vor allem die Agrarverbände, auch Industrieverbände sind sehr zahlreich vertreten (Eising 2001). Deutlich schwächer, aber dennoch in nennenswerter Zahl auf europäischer Ebene zu finden, sind Nichtregierungsorganisationen, die klassischerweise als schwach angesehene Interessen vertreten wie Umwelt- oder Verbraucherschutz. Dagegen sind in dem einschlägigen Verzeichnis für Lobbyorganisationen Gewerkschaften kaum zu finden. Ob diese Schwäche durch die Repräsentation der Gewerkschaften im Wirtschafts- und Sozialausschuss kompensiert wird, mag bezweifelt werden (Eisele 2008), zumal die dort ebenfalls vertretenen Wirtschaftsinteressen auf zusätzliches Lobbying keineswegs verzichten.

Eine Abschätzung der tatsächlichen Einflusschancen ist weit schwieriger und wurde auf empirischer Basis bisher kaum versucht. Für die Einflusschancen ist nicht primär die Anzahl von Lobbyorganisationen entscheidend, sondern deren Ressourcenstärke und Strategiefähigkeit. In beiden Dimensionen dürften Wirtschaftsverbände der Vertretung von Allgemeininteressen überlegen sein. Die mobilisierbaren Ressourcen im Bereich der Wirtschaft dürften deutlich größer sein als die durch Spenden erhältlichen Ressourcen. Und auch bei der Strategiefähigkeit lässt sich eine Überlegenheit der Wirtschaftsverbände vermuten. Diese Überlegung ergibt sich aus einer Studie zum Umgang von nationalen Umweltorganisationen mit der Europäisierung der Umweltpolitik (Roose 2003). Die nationalen Umweltorganisationen in Deutschland und Großbritannien tun sich ausgesprochen schwer dabei, ihre politische Arbeit von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern. Neben Kompetenzdefiziten, die sich zumindest mittelfristig beheben ließen, ist dafür die Bindung an eine spezifische Arbeitsweise verantwortlich. Die Mitarbeiter/innen, vor allem aber die Mitglieder und Unterstützer/innen, verfolgen nicht nur substanzielle Politikziele, sondern sie haben auch normative Vorstellungen der „richtigen“ politischen Arbeitsweise. Teils als normatives Konzept, teils als offensichtlich gültig unterstellte Einschätzungen werden diese Vorstellungen an die Organisationen herangetragen bzw. die Unterstützungsentscheidung beruht auf einer Kongruenz von eigenen Vorstellungen und traditioneller Arbeitsweise der Organisation. Im Resultat ergibt sich so eine Bindung der Organisation an ihre traditionelle Arbeitsweise. Erweist sich diese durch beispielsweise eine starke Basisorientierung als schlecht kompatibel mit dem Politiksystem der EU, so

kann sich die Organisation nicht ohne weiteres anpassen.

Eine Anpassung bleibt dennoch möglich. Sie würde darauf beruhen, die Erwartungen an die Organisation durch Lernprozesse zu verändern. Dies ist aber wahrscheinlicher bei Wirtschaftsunternehmen, die durch Arbeitsteilung eine größere Komplexität intern bearbeiten können, als Individuen, die sich nur gelegentlich und cursorisch über eine Organisation informieren, die sie unterstützen.³ Dabei erweisen sich wiederum die geringen Kenntnisse der Bevölkerung über das politische System der EU und die geringe massenmediale Berichterstattung über EU-Politik als Hemmschuh. Den Unterstützer/innen der Umweltorganisationen — und anderen Vertretungen von Gemeinwohlinteressen wird es ähnlich ergehen — ist aufgrund der geringen Vorkenntnisse praktisch nicht zu vermitteln, welche speziellen Bedingungen und Notwendigkeiten sich für eine politische Arbeit auf EU-Ebene ergeben. Politische Verbandsarbeit auf europäischer Ebene bleibt so gerade für partizipationsorientierte Verbände besonders schwierig.

Neben der unterschiedlichen Vertretung von Interessen ist eine weitere Verzerrung in der Verbändelandschaft auf europäischer Ebene wichtig. Die Mitgliedsländer sind in den europäischen Verbänden sehr ungleich vertreten. Die Interessenvertretung gegenüber der EU erfolgt zum Teil von Organisationen aus einzelnen Ländern, vielfach aber durch Netzwerke von nationalen Organisationen. In beiden Fällen sind vor allem die jüngeren und die ärmeren, südlichen Mitgliedsländer der EU unterdurchschnittlich vertreten (Charrad 2008).

Barrieren des Protestes

Soziale Bewegungen sind schwerer zu fassen als politische Parteien und Verbände. Verbände gehören zum Teil zu sozialen Bewegungen, doch Bewegungen sind mehr. Sie umfassen zusätzlich informelle Initiativen und zu Ereignissen, Protesten, kommen viele hinzu, die sonst kaum in die Bewegungen eingebunden sind. Soziale Bewegungen manifestieren sich entsprechend vor allem über ihre Aktivitäten.

Ähnlich wie die Verbände sind auch verschiedene Bewegungen mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass politische Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene verlagert wurden. Entsprechend sind vielfach die politisch Verantwortlichen in der EU zu suchen und bei potenziellen politischen Entscheidungen sind den nationalen Akteuren durch europäische Vorgaben die Hände gebunden. Vielfach bieten sich also europäische und nicht nationale Akteure als Adressaten für Protest an.

Auch zu dieser Frage ist die Datenlage schwierig. Einschlägig sind die Ergebnisse von Protestereignisanalysen, bei denen auf der Basis von Berichten der Tageszeitungen oder Presseagenturen Proteste erhoben und die in den Quellen verfügbaren Informationen festgehalten werden. Problematisch dabei sind die Selektivität der Berichterstattung und die Lücken bei relevanten Angaben. Trotz dieser Schwierigkeiten ist es interessant, möglichen Entwicklungen einer Transnationalisierung oder Europäisierung von Protest nachzugehen.

Eine breite Europäisierung der Protestlandschaft lässt sich nicht feststellen. Die längste mir bekannte Zeitreihe bezieht sich auf Proteste in der Bundesrepublik Deutschland (Rucht 2001). Der räumliche Bezug des Problemverständnisses von Protesten in Deutschland ist über den gesamten Untersuchungszeitraum zwischen 1950 und 2002 dominant national (vgl. Neidhardt/Rucht 1999 und eigene Analysen). Bei jeweils rund der Hälfte der Proteste wird das Problem als ein nationales verstanden. Eine Definition von Problemen als europäisch, international oder bezogen auf einen anderen Kontinent ist vergleichsweise selten. Lediglich in den 1950er und 1960er Jahren waren europäische Problemverständnisse recht häufig, was dominant auf Fragen des Umgangs mit Migrant/innen und die Vertriebenenproblematik zurückging. Die Vertiefung der EU, die mit dem Binnenmarktprojekt und der Vorbereitung und Einführung einer gemeinsamen Währung ab Mitte der 1980er Jahre an Dynamik gewinnt, hat nicht zu einer entsprechenden Orientierung der Proteste

geführt. Lediglich 2,6 bis 6,0 Prozent der Proteste (mit verfügbaren Angaben zum räumlichen Problembezug, jeweils 5-Jahres-Zeiträume) haben einen europäischen Fokus. Häufiger sind in dieser Zeit Proteste mit internationalem Bezug (3,7 bis 10,7 Prozent) oder einem Bezug zu anderen Kontinenten (2,9 bis 7,7 Prozent). Auch ein Trend hin zu mehr europäisch verstandenen Protestthemen ist nicht auszumachen.

Andere Daten zu Protestereignissen kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Imig und Tarrow (2001) arbeiten mit Nachrichten der Presseagentur Reuter und decken damit nicht ein einzelnes Land, sondern Europa insgesamt ab. Sie gehen von einem recht breiten Verständnis europäischer Proteste aus, wonach Proteste europäisch sind, wenn die Protestursachen auf europäische Akteure bezogen werden, die Teilnehmer/innen aus verschiedenen Ländern kommen oder europäische Akteure auf die Proteste reagieren. Dennoch ist das von ihnen gefundene Niveau an Protesten sehr gering. Den leichten Anstieg am Ende ihres Untersuchungszeitraums, der bis 1997 reicht, interpretieren die Autoren als Trend, was allerdings auf der Basis von nur zwei Jahren eine riskante Einschätzung ist. Analysen zu Umweltprotesten, also Protesten in einem Feld mit stark europäisierten politischen Kompetenzen, zeigen ebenfalls keinen Europäisierungstrend (Rucht 2000).

Die Ursachen für das Ausbleiben einer Europäisierung von Protest sind ähnlich wie bei den Verbänden. Die geringen Vorkenntnisse zu europäischer Politik erweisen sich als erhebliches Mobilisierungshemmnis. Hinzu kommen die Schwierigkeiten einer europäisch koordinierten Protestmobilisierung, die für Erfolgchancen auf EU-Ebene von erheblicher Bedeutung sind. Geographische Distanzen zu einschlägigen Protestorten ist ein weiterer erschwerender Faktor. Diese organisatorisch-technischen Probleme sollten aber in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Protestakteure können sehr erfinderisch sein, logistische Probleme zu überwinden und die Kommunikations- und Transportkosten sind in den letzten Jahrzehnten stark gesunken. Der Hauptgrund für die geringe Zahl europäischer Proteste bleibt die Informationslücke über europäische Politik und das europäische Institutionensystem. Die geringe massenmediale Berichterstattung zur EU-Politik hat minimale Vorkenntnisse bei der zu mobilisierenden Basis zur Folge.

Bevor die Dramatik eines politischen Problems und die Notwendigkeit von Protest deutlich werden kann, müssten erst einmal grundlegende Informationen über das politische System und die Politikbereiche vermittelt werden — ein praktisch unlösbares Problem für Organisator/innen von Protest.

Europäische Öffentlichkeit und Partizipation

Die Politik hat sich europäisiert, nicht aber die Partizipation der Bevölkerung. Dieser Befund gilt für alle drei hier diskutierten Formen der Partizipation. Dabei spielen eine Reihe von Ursachen eine Rolle, die Suche nach den Gründen trifft sich aber in einem wesentlichen Grund: der weitgehenden Abwesenheit einer europäischen Öffentlichkeit. Die massenmediale Berichterstattung über die EU und ihre Politik ist gering. Die Effekte dieser Informationslücke sind enorm, denn ein fundamentales, wenn auch möglicherweise stark vereinfachtes Verständnis politischer Abläufe ist die Ausgangsbedingung für Partizipation. Von der (angeblichen) Komplexität des politischen Institutionensystems der EU sollten wir uns in der Einschätzung nicht blenden lassen. Auch das politische System der Bundesrepublik ist in seinen formalen Abläufen des Zweikammernsystems nicht einfach und die genauen Regeln beispielsweise für die Beteiligung des Bundesrats sind nur Wenigen bekannt. Die Grundkonstellation von Regierungskoalition und Opposition, von grundlegenden politischen Entscheidungen und Alternativen wird aber massenmedial durchaus transportiert. Diese Leistung der radikalen Vereinfachung, der Reduktion von komplexer politischer Materie auf einzelne, unterscheidbare Positionen wird für die nationale Politik geleistet, kaum aber für die europäische. Dies macht es so schwer für die Bevölkerung, Präferenzen bezogen auf EU-Politik zu entwickeln und entsprechend in Wahlen, durch Verbände oder Protest zu artikulieren.

Entsprechend schwach entwickelt ist eine europäisierte Zivilgesellschaft, in der politische Positionen der EU

diskutiert und problematisiert würden. Die Abwesenheit von politischer Debatte, gefüttert aus den Institutionen selbst oder aus einer zivilgesellschaftlichen Problematisierung, befördert wiederum das Öffentlichkeitsdefizit. Die fehlende Debatte, der fehlende Konflikt machen die europäische Politik uninteressant für die Bürger/innen und damit für die Medien (Berkel 2006, Roose 2012b). Das Öffentlichkeitsdefizit der EU verstärkt sich selbst.

Ein Ansatz zur Veränderung sieht della Porta in den Europäischen Sozialforen (Porta 2008). Hier kommen meist junge Menschen zusammen, um Fragen sozialer Gerechtigkeit, und andere politische Themen europaweit zu diskutieren. Eine Beteiligung über Sprachbarrieren hinweg wird dabei mit großem Aufwand möglich gemacht (Doerr 2009). So entstehen Ansätze einer mobilisierungsfähigen europäischen Zivilgesellschaft, die sich ihre eigene Öffentlichkeit herstellt. Die Frage, ob dies der Beginn einer europäischen Zivilgesellschaft ist oder ein Mauerblümchen ohne nachhaltige Effekte für die Gesamtsituation, bleibt abzuwarten.

[1] Vgl. parties-and-elections.de. Von dieser Regel gab es bei den beiden letzten Europawahlen jeweils eine Ausnahme: 2009 Luxemburg und 2004 Lettland.

[2] Gleichwohl sind offensichtlich Abweichungen, Verzerrungen durch Lobbying möglich und an der Tagesordnung. Eine solche Verzerrung wäre die Berücksichtigung von Argumenten nicht aufgrund gleichgerichteter Grundperspektiven, sondern aufgrund von anderweitigen Vorteilen. In diesem Fall handelt es sich um Korruption.

[3] Dieses Auseinanderfallen von Erwartungen und Erfordernissen erfolgreicher Zielverfolgung wurde von Schmitter und Streeck (1981), vor allem aber vom organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus beschreiben (vgl. Meyer/Rowan 1977, Roose 2012a).

Literatur

Berkel, Barbara 2006: Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit, Wiesbaden.

Charrad, Kristina 2008: Teilhaber oder Beobachter? Interessengruppen aus Mittel- und Osteuropa auf Brüsseler Parkett; in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 21, H. 2, S. 52-63.

Doerr, Nicole 2009: Language and Democracy 'in Movement': Multilingualism and the Case of the European Social Forum Process; in: *Social Movement Studies*, Jg. 8, H. S. 149-165.

Eisele, Gudrun 2008: Worte und Taten. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss als Forum der organisierten Zivilgesellschaft; in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 21, H. 2, S.29-41.

Eising, Rainer 2001: Interessenvermittlung in der Europäischen Union; in: Reutter, Werner/Rütters, Peter (Hg.): *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*, Opladen, S. 453-476.

Eising, Rainer 2005: *Interessenpolitik in Europa*, Baden-Baden.

Haller, Max 2009a: Ein Parlament ohne Bürger? Die abnehmende Wahlbeteiligung bei den Europawahlen und ihre Ursachen; in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 22, H. 2, S. 20-35.

Haller, Max 2009b: *Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?*, Wiesbaden.

Imig, Doug/Tarrow, Sidney 2001: Mapping the Europeanisation of Contention; in: Imig,

Doug/Tarrow, Sidney (Hg.): Contentious Europeans, Lanham, S. 27-49.

Immerfall, Stefan/Sobisch, Andreas 1997: Europäische Integration und europäische Identität. Die Europäische Union im Bewusstsein ihrer Bürger; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 47, H. B 10, S. 25-37.

Kohler-Koch, Beate 2007: Debating the democratic legitimacy of the European Union, Lanham.

Leif, Thomas/Speth, Rudolf 2006: Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Bonn.

Machill, Marcel et al. 2006: Europe-Topics in Europe's Media; in: European Journal of Communication, Jg. 21, H. 1, S. 57-88.

Mechtenberg, Lydia 2011: Warum wählen?; in: WZB-Mitteilungen, Jg. H. 132, S. 12-14.

Meyer, John W./Rowan, B. 1977: Institutionalized organizations: Formal structure as myth and ceremony; in: American Journal of Sociology, Jg. 83, H. S. 340-363.

Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1999: Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1950-1994; in: Kaase, Max/Schmid, Günther (Hg.): Eine lernende Demokratie, Berlin, S. 129-164.

Offe, Claus/Wiesenthal, Helmut 1980: Two Logics of Collective Action: Theoretical Notes on Social Class and Organizational Form; in: Zeitlin, Maurice (Hg.): Political Power and Social Theory, Greenwich, Conn., S. 67-115.

Ohr, Dieter 2009: Langfristige Trends und ihre Folgen für das Wahlverhalten; in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 22, H. 2, S. 36-47.

Porta, Donatella della 2008: Social Movements and Europeanization, Oxford.

Roose, Jochen 2003: Die Europäisierung von Umweltorganisationen, Wiesbaden.

Roose, Jochen 2009: Wahlen ohne Wähler. Vom Dilemma des Europaparlaments; in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 22, H. 2, S. 3-8.

Roose, Jochen 2012a (in Vorbereitung): Social Movements in a Neo-Institutional Perspective; in: Roose, Jochen et al. (Hg.): Social Movements in Social Theory (Arbeitstitel)

Roose, Jochen 2012b (in Vorbereitung): Was wir von Simmel über die Chancen einer sozialen Integration Europas lernen können; in: Soeffner, Hans-Georg (Hg.): Transnationale Vergesellschaftungen, Wiesbaden

Rucht, Dieter 1991: Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung, WZB-Paper FS III 91-107, Berlin.

Rucht, Dieter 2000: Zur Europäisierung politischer Mobilisierung; in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 10, H. 2, S. 185-202.

Rucht, Dieter 2001: Anlage, Methode und externe Validierung von Prodat; in: Rucht, Dieter (Hg.): Protest in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M., S. 315-322.

Schmidt, Manfred G. 1997: Demokratietheorien, Opladen.

Schmitter, Philippe C./Streeck, Wolfgang 1981: The Organization of Business Interests, WZB-Paper IIMV

dp 81-13, Berlin.

Wessels, Wolfgang 2008: Das politische System der Europäischen Union, Wiesbaden.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/194-vorgaenge/publikation/europaeisierung-ohne-partizipation/>

Abgerufen am: 09.02.2023